

Antrag 23/I/2022**KDV Tempelhof-Schöneberg + AfA Landesvorstand****Der Landesvorstand möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Kein Outsourcing und keine tariffreien Bereiche an der Freien Universität**

1 (Zur Weiterleitung an den Landesvorstand der SPD Berlin
 2 und der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus)

3

4 Der Landesparteitag fordert den SPD-Landesvorstand,
 5 die SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus und die SPD-
 6 Mitglieder im Senat auf, sich dafür einzusetzen, dass die
 7 von der Freien Universität Berlin (FU) beabsichtigte Errich-
 8 tung der „GWI - Gesellschaft Wissenschaft und Innovation
 9 Berlin mbH“ nicht vom zuständigen Mitglied des Senats
 10 genehmigt wird. Sofern eine Genehmigung doch erfolgen
 11 sollte, ist zu verhindern, dass es zur Ausgliederung von
 12 Aufgaben und damit Personal aus der FU in diese GmbH
 13 kommt.

14

15 Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass der geplante Ge-
 16 schäftsbetrieb dieser GmbH, z. B. durch Einstellung von
 17 eigenem Personal oder der Auftragsvergabe an Subunter-
 18 nehmen nicht zur Tarifflicht und damit zur Verhinderung
 19 von sicheren, sozialversicherungspflichtigen und tariflich
 20 bezahlten Beschäftigungsverhältnissen führt. Wertschät-
 21 zung von Arbeit heißt auf Outsourcing zu verzichten. Nur
 22 so kann der Anspruch unserer Partei, sich für „gute Arbeit“
 23 einzusetzen, umgesetzt werden.

24

Begründung

26 Die Berliner Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen
 27 und Die Linke hat sich im Koalitionsvertrag darauf ver-
 28 ständigt, dass „die Koalition Aus- und Neugründungen aus
 29 öffentlichen Betrieben ab(lehnt).

30

31 Diese dürfen nur sachlich begründet erfolgen. Ausgrün-
 32 dungen mit der Folge der Tarifflicht, der Verschlechterung
 33 der Arbeitsbedingungen und des Lohndumpings wollen
 34 wir schrittweise zurückführen.“

35

36 Mit dem Kuratoriumsbeschluss der Freien Universität (FU)
 37 zur Errichtung der „GWI Gesellschaft Wissenschaft und In-
 38 novation Berlin mbH“, die u.a. den Zweck „Unterstützung
 39 der FU bei (sonstigen) wissenschaftlichen Dienstleistun-
 40 gen und den Betrieb und Bewirtschaftung technischer In-
 41 frastruktur“ haben soll, wird entgegen dem Geist des Ko-
 42 alitionsvertrags gehandelt.

43

44 Laut Mitteilung des Gesamtpersonalrats der FU hat die
 45 FU die Absicht, die bisherige „Betriebsgesellschaft ZE Bo-
 46 tanischer Garten und Botanischen Museum mbH“ umzu-
 47 wandeln. Diese Gesellschaft steht für Lohndumping und

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****23 I 22 - Vorschlag einer Überarbeitung:****Kein Outsourcing und keine tariffreien Bereiche an der Freien Universität**

Der Landesparteitag fordert den SPD-Landesvorstand,
 die SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus und die SPD-
 Mitglieder im Senat auf, sich dafür einzusetzen, dass die
 von der Freien Universität Berlin (FU) beabsichtigte Errich-
 tung der „GWI – Gesellschaft Wissenschaft und Innovati-
 on Berlin mbH“ nur mit der Auflage genehmigt wird, dass
 keine Ausgliederung von Aufgaben und damit Personal
 aus der FU in diese GmbH erfolgt.

Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass der geplante Ge-
 schäftsbetrieb dieser GmbH, z. B. durch Einstellung von
 eigenem Personal oder der Auftragsvergabe an Subun-
 ternehmen nicht zur Tarifflicht und damit zur Verhin-
 derung von sicheren, sozialversicherungspflichtigen und
 tariflich bezahlten Beschäftigungsverhältnissen führt, in-
 dem die Anwendung der Tarifverträge für den öffentli-
 chen Dienst analog verpflichtend festgeschrieben wird.
 Wertschätzung von Arbeit heißt auf Outsourcing zu ver-
 zichten. Nur so kann der Anspruch unserer Partei, sich für
 „gute Arbeit“ einzusetzen, umgesetzt werden.

48 schlechte Arbeitsbedingungen. Es ist nicht zu akzeptie-
49 ren, dass die FU, unter dem Deckmantel der Weiterent-
50 wicklung eines Innovationsparks auf dem ehemaligen Ge-
51 lände des US-Militärkrankenhauses an der Fabeckstraße
52 in Lichterfelde (Standortentwicklung FUBIC), es ermögli-
53 chen will, dass wissenschaftliche und technische Dienst-
54 leistungen außerhalb der für die FU geltenden Tarifverträ-
55 ge und sozialen Absicherungen erbracht werden.